

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr (16. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 12/341 –

8

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. Dezember 1989
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung
der Republik Ungarn über den Luftverkehr

A. Problem

Der internationale Luftverkehr der Deutschen Lufthansa ist grundsätzlich nur möglich, wenn die ausländischen Staaten, die angeflogen werden sollen, in zweiseitigen Luftverkehrsabkommen die entsprechenden Verkehrsrechte gewähren.

B. Lösung

Die Republik Ungarn und die Bundesrepublik Deutschland gewähren sich gegenseitig das Recht, an bestimmten Punkten im Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners zu landen, um im internationalen Flugverkehr Fluggäste, Post und Fracht gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

Einmütige Billigung im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf — Drucksache 12/341 — unverändert anzu-
nehmen.

Bonn, den 12. Juni 1991

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst	Ferdi Tillmann
Vorsitzender	Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Ferdi Tillmann

Die oben angegebene Vorlage wurde dem Ausschuß für Verkehr in der 25. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Mai 1991 zur Beratung überwiesen. Der Ausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Juni 1991 behandelt.

Das zur Ratifizierung anstehende Luftfahrtabkommen mit Ungarn entspricht in seinem materiellen Inhalt im wesentlichen den mit anderen Staaten bereits früher abgeschlossenen Abkommen. Der deutschen Seite werden die vier zur Abwicklung des internationalen

Flugverkehrs notwendigen Freiheiten eingeräumt, nämlich das Überflugrecht, das Recht der Landung zu nicht gewerblichen Zwecken und das Recht, Fluggäste, Post und Fracht abzusetzen und aufzunehmen. Beförderungen innerhalb des Landes selbst sind ausgeschlossen.

Der Ausschuß hat keine Bedenken gegen den Inhalt des Abkommens und empfiehlt daher die Zustimmung.

Bonn, den 12. Juni 1991

Ferdi Tillmann
Berichterstatler